

Bezirksamtsvorlage Nr. 660 / 2024
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 27. August 2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 1309/VI, Beschluss vom 16. Mai 2024 betrifft:

„Beauftragte Person gegen Antisemitismus“

2. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft **„Beauftragte Person gegen Antisemitismus“** als Zwischenbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeisterin beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Ja, dem Antisemitismus im Bezirk Mitte soll entgegengewirkt und das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben über Religions- und Glaubensrichtungen hinweg gefördert werden.

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Ja, siehe Punkt 7

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

10. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

Beauftragte Person gegen Antisemitismus

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am **16. Mai 2024** folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. **1309/VI**)

Das Bezirksamt wird ersucht, im Benehmen mit dem Senat nach Beendigung der Haushaltssperre, spätestens mit der nächsten Dienstkräftenmeldung, eine Stelle des/der Beauftragten für Antisemitismusprävention einzurichten und strukturell auszufinanzieren. Dazu zählt die Bereitstellung der Mittel zur Besetzung der „Beauftragten für Antisemitismusprävention“ sowie die politische Bildungsarbeit, insbesondere an Schulen. Bezirke wie Lichtenberg und Treptow-Köpenick können mit ihren Stellen der Beauftragten gegen Antisemitismus im Bezirk als Vorbild dienen.

Das Bezirksamt hat am **27.08.2024** beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Zwischenbericht zur Kenntnis zu bringen:

Der Senat von Berlin hat bereits am 12. März 2019 das Konzept „Berlin gegen jeden Antisemitismus! Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“ beschlossen. Im Landeskonzept werden konkrete Aktivitätsfelder/Maßnahmen der Berliner Bezirke benannt, unter anderem werden bezirkliche Antisemitismusbeauftragte als Ansprechpersonen und öffentlich sichtbare Verantwortliche für das Themenfeld erwähnt.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie Ende 2019/Anfang 2020 führte leider auch zu einer weltweiten Verbreitung antisemitischer Inhalte und Verschwörungsmythen über das Internet. Lügen und Gerüchte wurden über Jüdinnen und Juden wie auch den Staat Israel verbreitet. Seit dem Terror-Angriff der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 und dem daraus folgenden Gaza-Krieg sind Jüdinnen und Juden in Deutschland, in Berlin und im Bezirk Mitte bedrohter denn je. Sie wünschen sich mehr Solidarität.

Der Bezirk Mitte mit seiner Vielzahl an jüdischen Gemeinden und Organisationen ist aufgrund der sich bedrohlich verschärfenden Lebenslagen von Jüdinnen und Juden im Bezirk und darüber hinaus aufgerufen, hier mittelfristig eine hauptamtlich beauftragte Person und nicht „nur“ eine ehrenamtliche Ansprechperson mit der Planung und Koordination der Antisemitismusprävention zu beschäftigen. Daher wird im Geschäftsbereich der Bezirksbürgermeisterin eine entsprechende Stelle mit einer voraussichtlichen Bewertung nach A 10 / E 11 im Zuge der nächsten Dienstkräftenmeldung

angemeldet und bei Zustimmung des Bezirksamts eingerichtet. Diese Stelle ist mit einem entsprechenden Etat für die im folgenden beschriebene Netzwerkarbeit auszustatten.

Diese Tätigkeit erfordert eine intensive Netzwerkarbeit, um ein gut funktionierendes bezirkliches Bündnis gegen Antisemitismus mit Akteur*innen des Bezirkes, der jüdischen Community und der Antisemitismusprävention aufzubauen und zu verstetigen. Hierzu gibt es Ansätze über „Demokratie in der Mitte Zentrum“, „House of One“, „Centrum Judaicum“ und ggf. zwei jüdischen Gemeinden im Bezirk. Eine wachsende Anzahl zivilgesellschaftlicher Gruppen wie auch verschiedenste Kirchengemeinden und ein Sportverein engagieren sich im Bezirk Mitte seit Jahren gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit.

Zusätzlich zu der neu einzurichtenden Stelle werden Ressourcen zur Initiierung von Aktivitäten und Projekten benötigt, welche der Bekämpfung von Rassismus, Extremismus und Antisemitismus dienen. Nur eine intensive Netzwerkarbeit in der o.g. Community und mit den anderen bezirklichen Beauftragten ermöglicht die Erarbeitung von Empfehlungen zur Prävention von Antisemitismus an BA, BVV und Ausschüsse auch im Sinne der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Personen, die von Antisemitismus betroffen sind.

Die bisher „ehrenamtliche“ Ansprechperson gegen Antisemitismus im Bezirksamt Mitte nimmt regelmäßig an den Treffen der Antisemitismusbeauftragte der Berliner Bezirke teil und ist im ständigen Austausch mit Prof. Dr. Salzborn (Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus).

Eine Analyse und Bewertung der Daten von Straftaten und Vorkommnissen mit antisemitischem Hintergrund unter Auswertung der Quellen im Land Berlin (RIAS) und im Bezirk (Register Mitte, Zentrum für Demokratie Mitte) ist zurzeit unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich. Der Bezirk Mitte nimmt seit Jahren bei Antisemitischen und Israel-Feindlichen Vorfällen in Berlin einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Siehe hierzu auch „Antisemitische Vorfälle in Berlin 2022 (RIAS Berlin).

Die Entwicklungen der letzten Jahre in den Bereichen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit machen eine Aufklärungs- und Vortragstätigkeit an den verschiedenen Einrichtungen im Bezirk speziell an Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und in Flüchtlingsunterkünften immer notwendiger. Die Organisation und Durchführung von eigenen Veranstaltungen, Ausstellungen und Projekten zum Thema sind nur auf der Basis eines eigenen Etats möglich. Nur so könnte eine Zuwendungsvergabe für Projekte und Initiativen sowie die inhaltliche und formale Beratung der Projektträger*innen unter Beachtung alle verwaltungsrelevanten Vorgaben geleistet werden.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die bezirkliche Öffentlichkeitsarbeit im Themenfeld Antisemitismus und Israelfeindlichkeit. Dazu gehört unter anderem der Aufbau und die Pflege eines entsprechenden Internetauftritts auf Berlin.de und auf anderen einschlägigen Plattformen.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Ja

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Personalmittel zur Finanzierung einer A 10 / E 11-Stelle

•

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

•

• keine

Berlin, den 27.08.2024

Bezirksbürgermeisterin Remlinger